

10. August 2020

Länderbericht

Auslandsbüro Kolumbien



Politisches Erdbeben in der Coronakrise

Der Hausarrest von Expräsident Uribe spaltet Politik und Gesellschaft Kolumbiens

Stefan Reith

Mit inzwischen über 350.000 registrierten Coronainfektionen, 12.000 Toten und durchschnittlich über 300 Todesopfern täglich trifft die Pandemie inzwischen auch Kolumbien mit voller Wucht. Und doch spielt die Pandemie in der politischen und gesellschaftlichen Debatte des 50-Millionen-Einwohner-Landes aktuell nur eine Nebenrolle. Denn die kürzlich vom Obersten Gerichtshof gegen Expräsident Uribe verhängte Untersuchungshaft im Hausarrest kommt einem politischen Erdbeben gleich, das tiefe Gräben zwischen den politischen Lagern aufreißt, die Gesellschaft polarisiert und den dringend notwendigen gesellschaftlichen Konsens für den mühseligen Friedensprozess gefährdet.

Hintergrund

Alvaro Uribe Velez, Präsident Kolumbiens (2002-2010) und Senator der Regierungspartei Centro Democrático (Demokratisches Zentrum) gilt zehn Jahre nach dem Abschied aus dem Präsidentenpalast noch immer als der einflussreichste und mächtigste Politiker des Landes. Uribe ist der mit den meisten Stimmen landesweit gewählte Senator, zentrale Führungsfigur der Regierungspartei und politischer Ziehvater des aktuellen Staatspräsidenten Ivan Duque. Die Person Uribe polarisiert die kolumbianische Gesellschaft. Unter seinen Anhängern gilt er als Nationalheld, dem es mit seiner kompromisslosen Politik der „demokratischen Sicherheit“ gelungen ist, die FARC-Guerilla mit militärischen Mitteln stark zurückzudrängen, die öffentliche Sicherheit wieder herzustellen und damit die Grundlage für den stetigen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre zu legen. Während die FARC zu Beginn seiner Amtszeit noch weite Teile des Landes unter Kontrolle hatte und Entführungen und Erpressung an der Tagesordnung waren, sanken die Entführungszahlen und Anschläge in den Folgejahren drastisch. Die Guerilla wurde militärisch vehement bekämpft und in entlegene Gebiete zurückgedrängt. Die Kolumbianer konnten sich in weiten Teilen ihres Landes wieder sicher bewegen; die Arbeitslosenzahlen sanken und die zunehmenden ausländischen Direktinvestitionen stärkten das Wirtschaftswachstum. Mit der spektakulären Befreiungsaktion der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt 2008, welche die FARC jahrelang als Geisel im kolumbianischen Dschungel gefangen gehalten hatte, stand Uribe im Zenit seiner Popularität und politischen Macht.

Diesem positiven Bild seiner Anhänger halten Uribes Kritiker die Menschenrechtsverletzungen entgegen, die von paramilitärischen Gruppen und Teilen des Militärs im Kampf gegen die Guerilla begangen wurden. Sie sehen in Uribe einen Verbrecher, der linke Guerillagruppen mit allen Mitteln bekämpfte, während paramilitärische Privatarmeen unter Duldung und Mitwisserschaft von Teilen des Militärs massive

Menschenrechtsverletzungen begingen, ohne dafür belangt zu werden. Tausende von tatsächlichen oder vermeintlichen Unterstützern der Guerilla fielen Massakern, Entführungen, Folter und Exekutionen der Paramilitärs zum Opfer. In Uribes Amtszeit fiel auch der Skandal um die sogenannten „falsos positivos“: Um bei der Bekämpfung der Guerilla Erfolgsquoten zu präsentieren und Prämien zu kassieren, exekutierte die Armee Hunderte - nach anderen Schätzungen Tausende - unschuldige Zivilisten und verkleidete sie anschließend, um sie als im Kampf getötete Guerilleros auszugeben. Seine Gegner sehen in Uribe einen geistigen Urheber und Verbündeten der Paramilitärs. Unter dem Titel „Matarife“ (Schlächter) läuft in sozialen Netzwerken seit Mai 2020 eine Onlineserie des kolumbianischen Journalisten und Uribekritikers Daniel Mendoza. Diese basiert auf journalistischen Recherchen und soll angebliche Verbindungen des Expräsidenten zu paramilitärischen Kreisen und Drogenhändlern dokumentieren. Was unter Uribes Anhängern als perfide Rufmordkampagne gilt, nehmen seine Kritiker für bare Münze. Ein Teil der Bevölkerung verehrt Alvaro Uribe als Nationalheld, dem anderen Teil ist er als vermeintlicher Massenmörder verhasst. Die Spaltung geht dabei quer durch alle Gesellschaftsschichten und viele Familien des Landes.

Die Beteiligung und Verbindung Uribes zu paramilitärischen Netzwerken ist seit Jahren Gegenstand politischer Diskussionen, langwieriger Ermittlungen und Gerichtsprozesse; zu einem Urteil kam es nie. Die aktuelle Gerichtsentscheidung des obersten Gerichtshofs geht auf einen Prozess aus dem Jahr 2012 zurück. Uribe hatte nach einer Senatsdebatte, in der ihm Senator Ivan Cepeda von der linken Partei Polo Democrático vorgeworfen hatte, mit seinem Bruder Santiago Uribe beim Aufbau paramilitärischer Verbände in Uribes Heimatregion Antiochia federführend beteiligt gewesen zu sein, Anzeige erhoben und Cepeda später bezichtigt, sich auf manipulierte Zeugenaussagen ehemaliger Paramilitärs zu stützen. Der Vorwurf der Manipulation von Zeugen gegen Cepeda entwickelte sich zu einem Bumerang, als die Untersuchungskammer des Obersten Gerichtshofs die diesbezüglichen Ermittlungen gegen Cepeda 2018 ergebnislos abschloss und nun wegen des gleichen Delikts gegen Uribe ermittelte. Am 4. August 2020 verfügten die Strafrichter wegen Verdunklungsgefahr durch weitere Bestechung und Zeugenmanipulationen schließlich Untersuchungshaft im Hausarrest gegen den ehemaligen Präsidenten und lösten damit ein politisches Erdbeben aus. Die ausgelöste Debatte geht dabei am eigentlichen Sachverhalt der Gerichtsentscheidung vorbei. Denn im konkreten Fall geht es nur um die Frage, ob Uribe in der gerichtlichen Auseinandersetzung mit Cepeda Zeugen bestochen hat oder nicht. Die viel schwerwiegenderen Vorwürfe seiner Gegner sind nicht Gegenstand des aktuellen Prozesses. Und auch der Weg zu einer möglichen Verurteilung wegen Zeugenbestechung ist noch weit, da Uribe noch Einspruchsmöglichkeiten und weitere Instanzen zur Verfügung stehen, um sich gegen den Vorwurf zu verteidigen. Die Tatsache, dass mit Uribe erstmals ein ehemaliger Präsident in Untersuchungshaft – wenn auch im Hausarrest – geht, ist in der Geschichte Kolumbiens dennoch einmalig. Entsprechend lautstark fielen die Reaktionen von Freunden und Gegnern und das Medienecho aus.

Reaktionen

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung brach auf den Social Media Kanälen, insbesondere Twitter und Facebook, ein regelrechter Gewittersturm los. Während Gegner des Expräsidenten triumphierten und den Arrest von Uribe als späten Sieg der Gerechtigkeit feierten, kritisierten seine Unterstützer die richterliche Anordnung als politisch und ungerecht und bliesen ihrerseits zum Angriff auf das Justizsystem. Noch am Abend bildeten sich in Bogotá und anderen Städten trotz der Quarantänebestimmungen Autokorsos, Hupkonzerte und weitere Protestaktionen von Unterstützern und Gegnern gleichermaßen. Insbesondere in Medellin, der Hauptstadt von Uribes Heimatregion Antiochia, kam es zu spontanen Solidaritätskundgebungen für den Expräsidenten. Dieser reagierte per Twitter gefasst auf die Nachricht und brachte zunächst lediglich seine Bestürzung über die Entscheidung zum Ausdruck. Vertreter der Regierungspartei wie die einflussreiche Senatorin María Fernanda Cabal äußerten per Tweet: „Die Guerilleros straflos im Kongress und Uribe in Haft. Das ist das Kolumbien, in dem es für die Verteidiger des Vaterlandes keine

Barmherzigkeit gibt, und im Gegenzug Milde, für die, die es zerstören.“ Noch deutlicher wurde die Uribe nahestehende Senatorin Paloma Valencia: „Die Festnahme von Alvaro Uribe ist das Symbol des moralischen Verfalls, den wir in Kolumbien erleben. Narcoterroristen im Kongress und Präsident Uribe im Gefängnis; der Epilog des Friedens von Santos, ein Abkommen von Kriminellen.“ Beide sprechen dem Uribelager aus der Seele und belegen die dort vorherrschende Ablehnung des Friedensabkommens mit der FARC. Uribe und weite Teile der Regierungspartei sind erbitterte Gegner des Abkommens, weil es der FARC in ihrem Verständnis politische Teilhabe und weitreichende Straffreiheit garantiert, ohne dass die Guerilleros für die begangenen Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden. In Expräsident Juan Manuel Santos sieht das Uribelager wegen des Friedensvertrags, der 2016 trotz einer knappen Ablehnung in einem landesweiten Referendum vorangetrieben und unterzeichnet wurde, inzwischen einen Verräter.

Die Regierungspartei Centro Democrático veröffentlichte eine Stellungnahme, in der sie die Entscheidung des Gerichts scharf kritisierte und einen Vorschlag für eine verfassungsgebende Versammlung ankündigte, um das Justizsystem zu entpolitisieren. Rasch wurde der Hashtag #yosoyUribe (Ich bin Uribe) entworfen und tausendfach geteilt. Für den Abend des 6. August wurde landesweit zu einem solidarischen Applaus für den Expräsidenten aufgerufen. Inzwischen können sich Unterstützer von Uribe auf der Homepage der Regierungspartei auf einer Liste eintragen, um sich an weiteren Solidaritätsaktionen zu beteiligen. Ivan Duque, Staatspräsident und politischer Ziehsohn Uribes, zwang die Gerichtsentscheidung ebenfalls zu einer Stellungnahme. Er sei von der Unschuld und Ehrenhaftigkeit desjenigen überzeugt, der sich durch sein Beispiel einen Platz in der Geschichte Kolumbiens erworben habe, lautete schließlich die Solidaritätsadresse des Präsidenten an seinen Vorgänger. Dieses Statement von höchster Stelle werteten Beobachter als Kritik an der Gerichtsentscheidung und Beschädigung der Unabhängigkeit der Justiz. José Miguel Vivanco, Direktor für Amerika bei Human Rights Watch, rief die Regierung Duque und die Regierungspartei dazu auf, die Unabhängigkeit und den Beschluss des Gerichts zu respektieren, und sicher zu stellen, dass Expräsident Uribe sich auf dem Rechtsweg verteidigen könne.

Expräsident Juan Manuel Santos (2010-18), einst Uribes Verteidigungsminister und rechte Hand im Kampf gegen die FARC (2006-09), später Schlüsselfigur des Friedensprozesses mit der FARC und Friedensnobelpreisträger, äußerte sich zurückhaltend. Er hoffe, dass Uribe seine schwierige Situation lösen könne. Als Bürger und Demokrat fordere er von der Justiz volle Garantie für einen fairen Prozess und von den kolumbianischen Bürgern vollen Respekt für die Entscheidungen der Justiz, so Santos über Twitter. Die Hauptstadtbürgermeisterin und wichtigste Oppositionspolitikerin des Landes, Claudia López, teilte ihren Respekt für die Gerichtsentscheidung mit und verwies darauf, dass in einem Rechtsstaat niemand über dem Gesetz stehe. Die politische Partei der FARC, der im Friedensvertrag Parlamentssitze zugesichert wurden, trug ihre Genugtuung indes offen zur Schau: „Die Tyrannen wollen uns davon überzeugen, dass sie unantastbar sind und tun können, was sie wollen, ohne dass ihnen etwas passiert. Aber die Wahrheit ist, dass, auch wenn sie sich für unantastbar halten, am Ende die Völker über sie triumphieren.“, lautet die offizielle Reaktion. Roy Barreras von der Partei Partido de la U, einer der bekanntesten und einflussreichsten Senatoren Kolumbiens, forderte dagegen Respekt für die Unabhängigkeit der Gerichte und einen fairen Prozess für Uribe. An die FARC richtete er zudem den deutlichen Appell, die Triumphfeiern einzustellen und stattdessen vor der im Friedensvertrag eingerichteten Sondergerichtsbarkeit JEP (Jurisdicción Especial para la Paz) Verantwortung für die eigenen Verbrechen zu übernehmen und zur Aufklärung beizutragen.

Während in den sozialen Netzwerken die Schlacht zwischen Uribeanhängern und -gegnern weiter tobt, verlagerte sich die Debatte in den Folgetagen auch in die Kommentarspalten der Tageszeitungen sowie in politische Talkrunden im Fernsehen und im Radio. Analysten, die sich der Zuordnung in eines der beiden Lager entziehen, versuchen den Blick auf die politischen und gesellschaftlichen Folgen zu lenken. Diskutiert werden die Auswirkungen auf die rechtsstaatlichen Institutionen Kolumbiens, die Zukunft des mühsamen

Friedensprozesses und die politische Machtverteilung im Land mit Blick auf die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2022.

Wie geht es weiter?

Auch wenn die Tatsache, dass die prägende Figur der kolumbianischen Politik der letzten 20 Jahre Untersuchungshaft im Hausarrest ableisten muss, historischen Charakter hat, handelt es sich zunächst nur um das Zwischenkapitel einer Geschichte, deren Ende längst noch nicht geschrieben ist. Ob die jetzige Maßnahme überhaupt verhältnismäßig war, ist noch Gegenstand hitziger Debatten. Denn für die Anordnung der Untersuchungshaft in Kolumbien sind „Gefahr für die Allgemeinheit, Flucht- oder Verdunklungsgefahr“ die Voraussetzungen. Dass ein Hausarrest ein geeignetes Mittel darstellt, um eine weitere Manipulation von Zeugen zu verhindern, wird nicht nur von Rechtsexperten bezweifelt. Uribes Verteidiger werden Einspruch einlegen und darauf hinwirken, dass der Expräsident sich seiner Verteidigung in Freiheit widmen kann. Das juristische Tauziehen geht weiter, und ob es am Ende zu einer Verurteilung kommt, ist heute noch nicht absehbar. Spannend bleibt auch die Frage, was mit Uribes Sitz im Senat passiert. Rechtsexperten gehen davon aus, dass der Expräsident seine Mitgliedschaft ruhen lassen muss, und der Sitz von der Regierungspartei nachbesetzt werden kann. Doch auch diese Frage könnte noch vor Gericht entschieden werden. Theoretisch könnte Uribe sein Mandat auch im Hausarrest ausüben, da die Senatssitzungen wegen der strengen Quarantänebestimmungen aktuell virtuell stattfinden. Sollte das nicht möglich sein, verliert der Expräsident ein wichtiges politisches Forum und die Regierungspartei ihren wichtigsten Vertreter im Senat. Dennoch halten sich die persönlichen Einschränkungen in einer Zeit, da sich das gesamte Land ohnehin in Quarantäne befindet, in Grenzen. Da sich Uribe mit seiner Familie auf seinem großzügigen Landgut in der Region Cordoba aufhält, wiegen der hohe symbolische Charakter und die politischen Auswirkungen des Hausarrests viel schwerer als die persönliche Situation. Die Nachricht, dass Uribe, seine Söhne und Teile des Sicherheitspersonals sich ebenfalls mit dem Coronavirus infiziert haben, verlieh der Debatte um den Hausarrest zuletzt noch eine zusätzliche Note. Medien berichteten, dass der Expräsident jedoch keine Symptome habe und die Infektion isoliert von seiner Familie auskuriere.

Der Fall Uribe reißt die tiefen Wunden des jahrzehntlangen gewaltsamen Konflikts, die der begonnene Friedensprozess bislang nur oberflächlich geheilt hat, wieder auf. Er polarisiert Politik und Gesellschaft zu einem Zeitpunkt, wo Kolumbien nichts dringlicher bräuchte als Einheit, Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt, um die inzwischen verheerenden Ausmaße der Gesundheits- und Wirtschaftskrise zu bewältigen. Über 350.000 Infizierte und 12.000 Tote sind inzwischen zu beklagen. Millionen von Arbeitsplätzen gingen verloren. Viele Kolumbianer stehen vor dem Ende ihrer Existenzgrundlage. Das Land aus dieser Krise zu führen, stellt ohnehin eine politischen Mammutaufgabe für die Regierung Duque dar. Ob es ihr gelingt, unter den aktuellen Vorzeichen eine tragfähige politische Mehrheit im Kongress zu organisieren, um den Regierungskurs und dringend notwendige Hilfs- und Reformpakete abzusichern, bleibt fraglich. Denn aufgrund seiner engen persönlichen Verbindung zu seinem politischen Ziehvater steht Präsident Duque vor einem kaum aufzulösenden Dilemma. Nimmt er seine institutionelle Rolle als Staatsoberhaupt ein, müsste er auf die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz verweisen, und sich jeden Versuchs der Einflussnahme enthalten. Das würde ihn aber sicher die Unterstützung weiterer Teile seiner eigenen Regierungspartei kosten. Bezieht der Präsident dagegen weiterhin öffentlich Position zugunsten Uribes, wird ihm das außerhalb der Regierungspartei vehemente Kritik wegen Missachtung von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung eintragen. Die scharfe politische Konfrontation infolge des Gerichtsbeschlusses schränkt die Handlungsfähigkeit von Präsident Duque somit in jedem Fall ein – für ein erfolgreiches Krisenmanagement sind das keine guten Voraussetzungen.

Welche Auswirkungen die Gerichtsentscheidung mittel- und langfristig für die kolumbianische Demokratie und den Friedensprozess hat, lässt sich aus heutiger Sicht nur schwer einschätzen. Während die öffentlichen Stellungnahmen führender Vertreter der

Regierungspartei und Attacken auf die Unabhängigkeit des Gerichts eine Schwächung des Rechtsstaats befürchten lassen, ist die Reaktion von Uribe selbst bemerkenswert gelassen und ein positives Signal. Der vielleicht immer noch mächtigste Politiker des Landes akzeptiert die Entscheidung, leistet der gerichtlichen Anordnung Folge und beschreitet zu seiner Verteidigung den Rechtsweg. Eine denkbare und von manchem Anhänger geforderte Weigerung, sich in Hausarrest zu begeben, hätte den Konflikt gefährlich angeheizt. So nimmt Uribe dem Vorwurf seiner Kritiker, er würde über dem Gesetz stehen, den Wind aus den Segeln. Zugleich steigt damit der gesellschaftliche und politische Druck auf die Sondergerichtsbarkeit JEP, auch die Kommandanten der FARC konsequent zur Verantwortung zu ziehen und die Aufklärung der Verbrechen der Guerilla und die Entschädigung ihrer Opfer voranzubringen. Zwar weisen Experten zurecht darauf hin, dass der Prozess des Expräsidenten weder inhaltlich noch institutionell mit den Verhandlungen vor der JEP in Zusammenhang stehe, doch unter politischen Gesichtspunkten ist beides kaum zu trennen, wie die aktuelle Debatte deutlich zeigt. Ein dauerhafter Arrest und eine mögliche Verurteilung des ehemaligen Präsidenten bei gleichzeitiger Straflosigkeit führender FARC-Vertreter würde von einem großen Teil der Bevölkerung nicht akzeptiert und dem Friedensprozess Akzeptanz und Unterstützung entziehen.

Die Aufklärung von Verbrechen der FARC auf der einen Seite und von paramilitärischen Gruppierungen auf der anderen Seite, sowie die Feststellung der persönlichen Verantwortung und Schuld der jeweiligen Akteure bleibt eine Sisyphusarbeit für die Ermittlungsbehörden und Gerichte. Nur wenn die Schuldigen aller Konfliktparteien gleichermaßen zur Verantwortung gezogen und angemessen bestraft werden, kann sich mittelfristig ein gesellschaftlicher Konsens herausbilden, der den Friedensprozess trägt und gelingen lässt. Die politische und gesellschaftliche Debatte, die sich am Fall Uribe entzündet, bietet somit auch eine Chance. Sie ist eine Bewährungsprobe für die demokratischen Institutionen des Landes. Die weitere Debatte wird zeigen, ob sich dabei die Stimmen durchsetzen, die glauben, aus einer radikalen Polarisierung mit Blick auf die Wahlen 2022 politisches Kapital schlagen zu können, oder ob im Kontext der Coronakrise die Akteure an Zustimmung gewinnen, die bereit sind, jahrzehntealte Konfliktmuster aufzubrechen und den Respekt vor den demokratischen Institutionen in den Mittelpunkt zu stellen.